

Moldau

Dominic Maugeais

Die vertragliche Grundlage der Beziehungen zwischen der Republik Moldau und der Europäischen Union ist ein im Juni 2014 unterzeichnetes Assoziierungsabkommen, dessen Bestandteil auch ein tiefgreifendes und umfassendes Freihandelsabkommen ist. Das Assoziierungsabkommen trat im September 2014 provisorisch in Kraft und wurde am 1. Juli 2016 vollständig wirksam. Seit dem 28. April 2014 profitiert die moldauische Bevölkerung zudem von der Möglichkeit des visumfreien Reisens in den Schengenraum. Proeuropäische Regierungskoalitionen haben seit 2009 vielversprechende Reformen auf den Weg gebracht, durch die die Republik Moldau zu einem der Vorzeigeländer der östlichen Partnerschaft¹ avancierte. Ein Ende 2014 öffentlich gewordener Betrugsskandal stürzte das politische System jedoch in eine bis heute andauernde Legitimationskrise.²

Innenpolitische Krise und EU-Konditionalität

Im Frühling 2015 kam es in der Folge des Korruptionsskandals zu Protesten in der Bevölkerung gegen die durch die Demokratische Partei (DP) geführte Regierungskoalition, mit der Forderung nach einer Aufklärung des Bankenskandals und einer wirksameren Korruptionsbekämpfung. Hinter der Protestbewegung versammelten sich proeuropäische und prorussische Kräfte, letztere unterstützt durch die Partei der Sozialisten der Republik Moldau (PSRM).

Von Seiten der Europäischen Union, verschiedener Geberländer und des Internationalen Währungsfonds (IWF) wurde ebenfalls der Druck auf die moldauische Regierung erhöht. Für das Jahr 2015 wurden EU-Budgethilfen in Höhe von 40,7 Mio. Euro eingefroren und deren Freigabe an den Abschluss eines neuen IWF-Abkommens geknüpft. Im Februar 2016 wurde zwischen der Europäischen Union und der moldauischen Regierung eine Aktionsroadmap für vorrangige Reformen beschlossen. Die Bindung von EU-Finanzmitteln an die Erfüllung der von der Union und dem IWF formulierten Bedingungen setzte die moldauische Regierung unter Zugzwang. Im November 2016 kam es schließlich zur Vereinbarung eines neuen IWF-Abkommens und zur Wiederaufnahme der Geberhilfe. Am 4. Juli 2017 genehmigte das Europäische Parlament seinerseits ein makrofinanzielles Hilfspaket in Höhe von 100 Mio. Euro, dessen Auszahlung an die Einhaltung demokratischer und rechtsstaatlicher Standards geknüpft werden soll.

1 Siehe auch den Beitrag „Östliche Partnerschaft“ in diesem Buch.

2 Infolge des Skandals sahen sich die drei größten moldauischen Banken in ihrer Existenz bedroht und mussten durch staatliche Bürgschaften gerettet werden. Kredite in der Höhe von circa 915 Mio. Euro (entspricht 15 Prozent des damaligen Bruttoinlandsprodukts) wurden über ein Netz von Banken und Offshore-Unternehmen außer Landes transferiert und gelten in großen Teilen als verloren.

Minderheitenintegration, Gagausien, Transnistrien

Mit der im Dezember 2016 verabschiedeten „Strategie zur Konsolidierung der inter-ethnischen Beziehungen 2017-2027“ wurde ein weiterer Schritt in Richtung einer Verbesserung der sozialen Kohäsion und Integration der Minderheitenbevölkerungen getan. Nach den am 31. März 2017 veröffentlichten Ergebnissen des zuletzt im Jahr 2014 durchgeführten Zensus bezeichnen sich insgesamt nur 75,1 Prozent der Befragten in der moldauischen Bevölkerung als Moldauer.³ Daneben stellen die de-facto-Unabhängigkeit der abtrünnigen Provinz Transnistrien sowie die nach größerer Selbstverwaltung strebende Autonome Territoriale Einheit Gagausien weiterhin eine Herausforderung für die Republik Moldau dar. Die Beziehungen zu Gagausien haben sich seit der Wahl Irina Vlaș zu Gouverneurin im April 2015 verbessert. Anfang 2016 wurde eine gemeinsame Arbeitsgruppe aus Vertretern der gagausischen Volksversammlung und des moldauischen Parlaments gebildet, welche Anliegen von gemeinsamem Interesse behandelt. Unter Vermittlung der Europäischen Union wurde mit Transnistrien eine Vereinbarung geschlossen, die die Anwendung des Freihandelsabkommens auch auf dem Gebiet jenseits des Nister vorsieht. Im Rahmen des deutschen Vorsitzes der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) 2016 gelang die Stärkung des 5+2-Prozesses zur Beilegung des Transnistrienkonflikts.⁴ Ergebnis der Bemühungen war nach zweijähriger Unterbrechung eine erste Verhandlungsrunde, die Anfang Juni 2016 in Berlin stattfand.

Ausblick

Die Präsidentschaftswahlen Ende 2016, bei denen der prorussische Kandidat der PSRM, Igor Dodon, als Sieger aus der Direktwahl hervorgegangen ist, führten zu einer erheblichen Polarisierung zwischen Regierung und Präsidentenamt. Dodon unterstützt die Annäherung an die Eurasische Wirtschaftsunion und strebt die Aufhebung des Assoziierungsabkommens an. Es ist zu erwarten, dass sich dieser Richtungstreit fortsetzen und weiter nach innen wirken wird. Schon jetzt befinden sich innerhalb der moldauischen Bevölkerung die EU-Befürworter nicht mehr in der Mehrheit.⁵ Indessen wird mit dem von der Regierung eingebrachten Gesetz zur Reform des moldauischen Wahlsystems der Versuch erkennbar, demokratische Standards abzubauen. Zur Diskussion steht zudem ein Gesetzesvorschlag, der die Finanzierung inländischer Nichtregierungsorganisationen durch externe Geber beschränken soll. Es bleibt abzuwarten, ob sich die moldauische Regierung durch die im Inland und von Seiten der Europäischen Union geäußerte Kritik zurück auf den Weg der Demokratisierung und damit der EU-Annäherung bringen lässt.

Weiterführende Literatur

Europäischer Rechnungshof: EU-Hilfe zur Stärkung der öffentlichen Verwaltung in der Republik Moldau, Luxemburg 2016.

3 7 Prozent bezeichnen sich als Rumänen, 6,6 Prozent als Ukrainer, 4,6 Prozent als Gagausen, 4,1 Prozent als Russen, 1,9 Prozent als Bulgaren, 0,3 Prozent als Roma, abrufbar unter: <http://www.statistica.md/newsview.php?l=en&id=5583&idc=168> (letzter Zugriff: 15.6.2017).

4 Unter 5+2 werden als Verhandlungsparteien die Republik Moldau und Transnistrien sowie als Vermittler die OSZE, Russland und die Ukraine und als Beobachter die Europäische Union und die USA gefasst.

5 Dionis Cenușă: Moldova between European Union and Eurasian Union: polls and tendencies, 6. Mai 2016, abrufbar unter: <http://www.ipn.md/en/integrare-europeana/%2076403> (letzter Zugriff: 15.6.2017).